



Kreisverband Osnabrück Land

Abs.: Jusos Osnabrück-Land,
Daniel Schweer, K.-Adenauerstr. 28 49586 Neuenkirchen

An die

- Presse -

Geschäftsstelle: Jusos Osnabrück Land
Große Gildewart 11
49074 Osnabrück

05 41 / 27 8 33

Vorsitzender: Daniel Schweer
Konrad-Adenauerstr. 28
49586 Neuenkirchen

05465 / 439

0160 / 822 0 439

daniel.schweer@jusos-os-land.de

www.jusos-os-land.de

Neuenkirchen, den 04. Mai 2010

Jusos Osnabrück-Land fordern Wahlalter mit 16 – „Jugendliche sollen sich stärker in Entscheidungsprozesse einbringen können“

„Jugendliche sollen sich stärker in Entscheidungsprozesse einbringen können.“ so der Juso-Kreisvorsitzende Daniel Schweer. Deshalb fordern die Jusos im Landkreis Osnabrück, das Wahlalter auf Ebene des Landes Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland von 18 auf 16 Jahre als ein klares Signal an die junge Generation herabzusetzen.

Dass Jugendliche kein Interesse an Politik haben, sei ein Vorurteil, so der Juso Kreisvorsitzende. Wissenschaftliche Studien beweisen: Junge Menschen können und wollen Verantwortung tragen. Untersuchungen im Zusammenhang mit dem, von der SPD im Land Niedersachsen eingeführten Wahlalter von 16 Jahren bei den Kommunalwahlen haben gezeigt, dass Jugendliche sehr wohl in der Lage sind, verantwortlich zu handeln und ihr Verhalten zu reflektieren.

Ergebnisse verschiedenster Studien und die in Niedersachsen gemachten positiven Erfahrungen mit dem Wahlalter 16 bei den Kommunalwahlen zeigen, dass mit einer Absenkung des Wahlalters auch für die Landtags- und Bundestagswahl viele positive Effekte einhergehen können.

„Wer beispielsweise mit 14, 15 oder 16 Jahren grundlegende Entscheidungen über seine Ausbildung treffen muss, muss auch politisch mitentscheiden dürfen, wie Politik Bildung definiert“, so Schweer.

P

Die Jusos im Landkreis Osnabrück wollen das Wahlalter mit 16. Sie sehen auch selbstkritisch, dass Jugendliche vor allem Distanz zu Parteien und weniger zur Politik haben.

R

Ein frühes Wahlrecht sei für die Jusos das richtige Signal an die junge Generation, dass sie nicht weiterhin von zentralen politischen Entscheidungen ausgeschlossen seien.

E

S

S

E

M

I

T

T

E

I

L

U

N

G